

Bezugs-Preis

In der Hauptstadt über den im Stadtbezirk...

Redaktion und Expedition:

Johannisstraße 8. Fernsprecher 153 und 222.

Haupt-Filiale Dresden:

Striebschloßstraße 6. Fernsprecher Amt I Nr. 1718.

Haupt-Filiale Berlin:

Königsplatz 116. Fernsprecher Amt VI Nr. 8888.

Morgen-Ausgabe.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Amtsblatt des königlichen Land- und Amtsgerichtes Leipzig, des Rathes und Polizei-Amtes der Stadt Leipzig.

Nr. 289.

Dienstag den 10. Juni 1902.

96. Jahrgang.

Anzeigen-Preis

Die 6spaltige Zeile 25 A. Reclamen unter dem Rubrications...

Annahmefrist für Anzeigen:

Abend-Ausgabe: Vormittags 10 Uhr. Morgen-Ausgabe: Nachmittags 4 Uhr.

Druck und Verlag von E. Holz in Leipzig.

Die neuesten Schießergebnisse deutscher, englischer, österreichischer und französischer Geschütze.

A. K. Gelegentlich der Beratungen in der österreichischen Delegation über die Forderungen für die Artillerie...

Unter diesen Umständen ist es aber jedenfalls von allgemeinem Interesse, über die neuesten Schießversuche mit deutschen, österreichischen, englischen und französischen Geschützen näher zu erfahren.

Der größte Teil des Kalibers von 90,5 Centimetern bei einer Rohrlänge von 30 Kalibern.

Bei dem nächstfolgenden Kaliber — 28 Centimeter — mit ebenfalls 40 Kalibern Rohrlänge waren nur Krupp mit 10.900 und Schneider mit 7.410 Meter tonnen vertreten.

Nach günstiger als bei den beiden vorhergehenden Kalibern stellt sich das Verhältnis für Krupp bei dem 21 Centimeter-Geschützen, wobei Krupp wieder mit 4.750 Meter tonnen an erster Stelle steht.

Bei dem 17 Centimeter-Kaliber rückt Krupp zum ersten und einzigen Male bei diesen Versuchen mit 3.400 Meter tonnen an die dritte Stelle, indem Vickers 3.020 Meter tonnen erzielte und Armstrong 3.012, der Veydere mit einem wesentlich längeren Rohre von 45 Kalibernlänge.

Wenn der österreichische Kriegsminister die Behauptung aufstellt, daß die Krupp'schen Geschütze allen übrigen weit überlegen seien, so trifft dies allerdings zu; doch darf nicht vergessen werden, daß die heutigen Leistungen der Firma Friedrich Krupp nicht in letzter Linie ein Verdienst der preussischen Militärverwaltung sind.

obigen Riffen zeigen, daß die Geschütze der Stobawerke teilweise hinter den Schießresultaten von Geschützen so angelegener Firmen, wie es Armstrong und Schneider sind, nur wenig zurückblieben, ja dieselben sogar teilweise übertrafen.

Der Friedensschluss.

Der „Standard“ veröffentlicht folgende, vom 31. Mai datierte

Bottschaft Schall Burger's und Bothe's:

Offener Brief an alle Offiziere, Beamte und Burgher, die bis zum heutigen Tage ihre Pflicht gegenüber dem Lande und dem Volke treu erfüllt haben.

London, 9. Juni. (Telegramm.) Reuters Bureau erklärt: Die von Vertretern der Boeren in Deutschland so hartnäckig in Umlauf gesetzte Andeutung, daß den in London amtlich veröffentlichten Ueberegebungsbedingungen irgend ein geheimes Protokoll oder geheime Bestimmungen beigelegt seien, entspricht aller Begründung.

Afrika englisch vom Tselberg bis zum Tanganyika. Dr. Carl Peters schreibt in der Londoner „Financial Chronicle“:

Der große Kampf ist zu Ende. Dreißigdreißig Monate hat das eiserne Wirbelrad in Südafrika gewirrt, bis sich das kleine Boerenvolk in sein Schicksal gefügt hat.

Was den Friedensabschluss selbst anbelangt, so ist zunächst bemerkenswert, daß er erfolgt ist ohne Mitwirkung von Krüger, Dr. Verbs und ihrer Umgebung in Europa.

Das ist ein großer Erfolg der britischen Diplomatie. Aber auch sonst kennzeichnen die einzelnen Bestimmungen Großbritanniens klar und deutlich als Sieger ohne Mißtraue.

So dictirt ein Sieger; dies ist nicht der Ausgleich zwischen sich in Waffen gegenüberstehenden Gegnern. Wirtschaftlich interessanter als diese Frage der Formen und der Inhalte ist die praktische Radikalfrage, welche die Pretorius-Verordnung von Pretorius haben wird.

Großbritannien geht gefaßt und stolz aus der großen Afrika hervor. Wenn auch manche großen Mängel in seiner Organisation sich herausgestellt haben, so hat es doch auch diesmal wieder durch seine unerschütterliche Entschlossenheit und Stabilität in der Gegenwart zu der öffentlichen Meinung aller Völker sich als große Nation erwiesen.

Deutsches Reich.

Leipzig, 9. Juni. Preussische und sächsische Regierung werden von der „Kreuzzeitung“ in Gegenwart von einander gebracht, weil Graf Wöllow im Namen des preussischen Ministeriums im Abgeordnetenhause den Herital-conservativen Versuch, in die Angelegenheit des Bolkarijs und mit ihr in die Reichspolitik einzugreifen, zurückgewiesen hat.

„Wie bereits gemeldet, ist in der Zweiten sächsischen Kammer an die Sozialregierung eine Interpellation gerichtet worden, ob sie den in Reichstag zur Bundesversammlung...

gestreuten Kaufes bilden. Man schenkt dort noch nicht der Mühe zu kühnen, daß es sich empfiehlt, gerade auf die lokalen Parteien am wenigsten Rücksicht zu nehmen, da man ja auf deren Unterstützung schließlich doch rechnen kann.“

Die „Nat.-Ztg.“ bemerkt zu dieser Auslassung: „Bei dem Schicksal wollen wir nicht aufpassen: diese Erwähnung der „lokalen Parteien“ braucht am wenigsten einige Tage nach der Rede des Abg. v. Wengenheim beachtet zu werden; und wie man auf die Unterstützung dieser Parteien „schließlich doch rechnen kann“, das ist wohl klar, da es angeht, noch von der Canalvorlage her bekannt. Der Bereich der Verhandlungen in Abgeordnetenhause und in der sächsischen Zweiten Kammer ist so unklar wie möglich. In der ersten Besetzung des Tolerasanztrages hat der Reichstagler im Reichstag erklärt, daß dieser Antrag nicht zur Zuständigkeit des Reiches gehöre; es kam in der That seinem Zweck entgegen, daß er nur durch eine Erweiterung der Reichscompetenz vermittelst einer Verfassungsänderung Gesetz werden kann.

Mit dieser zutreffenden Jurisdiktion des unzulässigen Vergleiches ist die Kennzeichnung desselben noch nicht erschöpft. Die preussische Regierung hatte, als sie „aufgegeben“ wurde, im Bundesrat für eine Erhöhung der Minimalhöhe des Bolkarijs einzutreten, bereits Stellung gegen eine solche Erhöhung genommen und wurde daher „aufgegeben“, sich mit sich selbst in Widerspruch zu setzen.

Berlin, 9. Juni. (Socialdemokratie und freisinnige Volkspartei bei den Reichstagswahlen.) Wenn Anwalt des Reichstages mit dem Revolver auf einen Staatsmann losgehen und wenn die sozialistische Presse dann diesen Vorwurf als Gegenstück zum Reichstagswahlrecht, so behauptet die „Freisinnige Ztg.“ in ihrer Reihe die Unvorsichtigkeit der freisinnigen vom socialen Radicalismus. Wenn aber ein Socialdemokrat es wagt, Herrn Eugen Richter anzugreifen — nicht etwa mit dem Revolver, sondern nur mit der Feder oder mit dem Munde —, so ist dies ein viel schwereres Verbrechen. Ein solches Verbrechen hat sich der socialistische Reichstagsabgeordnete Kunert schuldig gemacht, der dem Kollegen Richter zu sagen wagte, er schädige seine eigene Partei — eine Auslassung, die, in der der Herr Kunert auch mit nichtsocialistischen Politikern zusammenstößt.

„Sehe Jeder, wie er treibe, und wer nicht, daß er nicht fällt.“ Das ist ein Ausspruch von Herrn Kunert im Wahlkreis Halle. Das Wort Richter nicht dies „Halle“, hat seinen wahren Sinn, sondern doch dieser Satz eine ernsthafte Drohung enthält, wird klar, wenn man die letzten allgemeinen Wahlen im Wahlkreis Halle in Betracht zieht. Damals wählte nämlich Herr Kunert in der Stichwahl mit einem nationalliberalen Bewerber um die Wahlkreise Halle, der letztere konnte nicht gewinnen, wenn er alle Stimmen erhielt, die in der Hauptwahl auf ihn sowohl, als auch auf den freisinnigen und den antisemitischen (es waren 2288 freisinnige und 705 antisemitische Stimmen abgegeben worden) gefallen waren. Er erhielt aber ungefähr 2000 Stimmen weniger, als die Gesamtzahl dieser Stimmen betragen hätte, während der Socialdemokrat 2000 Stimmen mehr erhielt, als in der Hauptwahl. So hatte also der Socialdemokrat seinen Wahlsieg minderbekannt teilweise der freisinnigen Volkspartei in Halle zu verdanken.

Wie der „Freis. Ztg.“ gemeldet wird, hatte der bekannte New Yorker Anwalt Ostli eine Unterredung mit dem Kaiser im Schloß zu Berlin, die 1/2 Stunde währte. Der Kaiser unterließ sich über amerikanische Angelegenheiten und über die verschiedenen internationalen Fragen. Der Anwalt stellte in St. Louis 1901 brachte der Kaiser großes Interesse entgegen und in wohlwollenden Worten gab er der Offerte Ausdruck, daß Deutschland auch auf dieser Exposition nicht nur mit seinen Erzeugnissen ehren-